



Vor allem Entwicklungsländer sollten den "digitalen Anschluss" an die Welt nicht verlieren. (Bild: Stock.XCHNG / Daniel V.)

Aufträge aus dem Web

E-Business-Netzwerk soll ausgebaut werden

Wissenschaftsjournalist Peter Welchering im Gespräch mit Manfred Kloiber

Internet.- Auf der Bonner Konferenz zur Entwicklungspolitik setzen die Experten auf Informationstechnologie. Im Bereich des sogenannten E-Business' hat Horst Köhler eine engere Verzahnung von Kommunen, Regionen und Zivilgesellschaft angemahnt.

Manfred Kloiber: Unter der Schirmherrschaft des UN-Generalsekretärs arbeiten mehr als 40 E-Business-Projekte seit 2005 zusammen. Vom Amazonas über Kambodscha bis nach Ruanda. Solche Projekte waren am Donnerstag auch Thema der zweiten Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik. Von den Medien weitgehend unbeachtet, hat Bundespräsident Horst Köhler hier eine engere Verzahnung von Kommunen, Regionen und Zivilgesellschaft angemahnt. Solche Forderungen werden auf Konferenzen zur Entwicklungspolitik regelmäßig erhoben, aber werden sie auch umgesetzt, Peter Welchering?

Peter Welchering: Wenn man sich mal die vergangenen sechs Jahre anguckt, nämlich die Jahre seit dem Weltinformationsgipfel in Genf und die Revue passieren lässt, dann ist eindeutig zu wenig passiert. Dann sind solche Forderungen berechtigt. Man kann sagen, dass sehr viel Enthusiasmus gestartet worden sind. Und in vielen Fällen sind genau diese Projekte dann irgendwann auf der Strecke geblieben. Und wenn man ganz genau hinschaut, dann ist eben gerade dieser Vernetzungsgedanke auf der Strecke geblieben. Nehmen wir mal die Projekte, die auf dem Uno-Gipfel in Tunis, das war im November 2005, mit dem World Information Summit Award ausgezeichnet worden sind. Der überwiegende Teil genau dieser Projekte, der hatte mit E-Business zu tun, electronic Business. Und die Vernetzung dieser Projekte, die sollte eben bewirken, dass Aufträge über ein solches E-Business-Netzwerk weltweit aus den Industrieländern in die sogenannten Schwellenländern hinein vergeben werden. In Einzelfällen klappt das, heute klappt das noch immer, hat das was bewirkt? So lassen beispielsweise einige große Agenturen aus Deutschland Grafikaufträge, vor allen Dingen das Freistellen von Bildern mit Bildbearbeitungssoftware etwa in Kambodscha erledigen. Insgesamt aber hat diese Vernetzung eben nicht funktioniert. Sie ist sehr schnell in viele kleine Einzelprojekte schlicht zerbrochen.

Kloiber: Spätestens seit dem sogenannten Monterrey-Konsens liegt ja ein Strategiepapier zur Überwindung der digitalen Spaltung von Industrie- und Entwicklungsländern vor. Was ist in der Praxis daraus geworden?

Welchering: Seit Monterrey haben wir ein Strategiepapier, und seit dem Scheitern des Weltwirtschaftsgipfels in Cancun, da wissen wir, dass diese dort vorgeschlagene Strategie einfach nicht funktioniert. Professor Franz-Josef Radermacher, der war ja auf den

Weltinformationsgipfeln einer der wichtigsten wissenschaftlicher Berichterstatter, und er ist seitdem extrem enttäuscht. Denn der Global Marshall Plan, der auf diesen Konferenzen immer wieder hochgelobt worden ist, der ist eben nicht ausreichend unterstützt worden. Die Marshall-Plan-Gruppe will die UN-Entwicklungsziele bis zum Jahr 2015 durchsetzen und sagt auch ganz klar: Nur mit Informationstechnik schaffen wir das nicht. Informationstechnik muss in ein Entwicklungskonzept für die weltweite Informationsgesellschaft eingebunden sein. In den Leitlinien hinsichtlich Bildung, Entwicklung durch E-Business und nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung ist dieser globale Marshall-Plan, an dem auch der Club of Rome sehr aktiv beteiligt ist, dann immer der Renner auf Konferenzen. Aber dann passiert deutlich zu wenig. Und das liegt am Geld. So ein Marshall-Plan erfordert zu den Mitteln der heutigen Entwicklungshilfe, die die Industrienationen im Budget haben, noch einmal jährlich 120 Milliarden US-Dollar. Und bei dieser Zahl sagen die meisten Vertreter der Industrienationen dann für gewöhnlich: O.K. lasst uns prüfen, inwieweit wir einen digitalen Solidaritätsfonds bilden können, aber nicht hier auf dieser Konferenz. Das müssen wir ein anderes mal tun. Das war auch wieder in dieser Woche in Bonn so. Auch da war die 120-Milliarden-Forderung für den Marshallplan sehr schnell wieder vom Tisch.

Kloiber: Wie sieht es denn mit den Einzelprojekten aus? Leisten die einen merklichen Beitrag zur Überwindung des digitalen Grabens?

Welchering: Ja, da passiert viel, mit sehr sehr viel Engagement. Da verkauft zum Beispiel eine Seidenweber-Kooperative aus Thailand ihre Schals und Tücher direkt via Web in Europa und in den USA. Da verkaufen Edelsteinschürfer aus Afghanistan oder Diamantschleifer aus Südafrika, die in einer Kooperative organisiert sind per E-Business ihre Preziosen nach Europa und Japan. Es gibt sogar einen Online-Marktplatz für antiquarische Bücher, an dem sich Buchhändler aus 43 Ländern beteiligen, zum Beispiel Pakistan, Indien, viele afrikanische Länder. Alles prima, da wird viel erreicht, in Ausbildung investiert. Aber es fehlt der große Durchbruch. Und der kann eben nur gelingen, wenn die Industrienationen, wie von Franz-Josef Radermacher und seinen Mitstreitern gefordert, endlich ausreichend Geld in die Hand nehmen, um hier Projekte mit einer Laufzeit von zehn bis 15 Jahren koordiniert auf breiter Front unter Abstimmung der UNO durchzuführen

Kloiber: Die UNHCR hat hier doch bereits ein Projekt mit der Internet Engineering Task Force aufgelegt. Wie erfolgreich war das denn?

Welchering: Im ersten Teil, in dem es um Unterstützung in der Katastrophenhilfe ging, war das sehr erfolgreich. Nach politischen-, militärischen- oder Naturkatastrophen fehlt ja häufig die Kommunikationsinfrastruktur. Da hat die seit 2003 bestehende Zusammenarbeit von Internet Engineering Task Force und der UNHCR satellitengestützte Internetanschlüsse in Katastrophengebiete gebracht. Nicht immer war das von den Machthabern gewollt. Zum Beispiel die Militärjunta in Burma fahndet regelrecht nach Vsat-Anschlüssen. Und da liegt ein Problem. E-Business-Projekte für eine nachhaltige Entwicklung, E-Government-Projekte-, E-Health-Projekte, E-Agriculture-Projekte und wie die alle heißen, setzen Kommunikationsinfrastruktur voraus. Wird eine solche Infrastruktur aufgebaut, wollen nicht selten lokale Machthaber sie uneingeschränkt kontrollieren. Ohne ausreichende Transparenz können aber solche Förderprojekte keine Nachhaltigkeit entwickeln. Daraus haben tatsächlich auch viele UNO-Verantwortliche gelernt, dass ohne Meinungsfreiheit, ohne Teilhabe an der Kommunikationsinfrastruktur solche Hilfsprojekte nur kurzfristig Effekte haben. Das ist genau das Problem.